

Umsetzung des Merz-Tarifes

Antrag:

Wir fordern die Regierung auf, das von der CDU auf dem Bundesparteitag 2003 in Leipzig beschlossene Steuermodell von Friedrich Merz endlich umzusetzen.

Begründung:

Das Merz-Modell erweist sich für Familien als durchaus effizienter, denn es bringt gerade Familien große Vorteile. Viele Wirtschaftsforscher und Steuerexperten sehen das Modell im Grundgedanken durchaus als akzeptabel an, doch werden speziell einige Kürzungsvorschläge kritisiert. Die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 36%, die Streichung von Nacht- und Sonntagsarbeit und sonstige einzelne Kürzungsvorschläge standen im Fokus der Kritik. Damaliger SPD-Generalsekretär Olaf Scholz hielt das Modell sogar für „sozial unausgewogen“. Verfechter des linear-progressiven Tarifs, Wolfgang Clement, beschrieb das Modell als „in sich noch nicht schlüssig“, da es eine erhebliche Finanzierungslücke von ungefähr 24 Milliarden Euro aufweisen würde. Solche Polemik ohne Mut zur Lücke und zur Entlastung von Mittel- und Geringverdienern kann und darf aber nicht das Ziel einer Volkspartei sein, vor allem nicht einer der Zukunft. Der sich aus der vorgestellten Rechnung ergebende Vorteil für eine vierköpfige Familie, sowie die Systemlücken sind schwerwiegende Argumente für eine grundlegend-radikale Steuerreform des in Deutschland herrschenden unübersichtlichen Steuerdschungels. Das Merz-Modell ist der Weg zu einem Befreiungsschlag in Sachen Steuern und Übersichtlichkeit. Diese Argumente ziehen die Forderung nach einem Stufentarif eher nach sich als die Beibehaltung des bisherigen linearprogressiven Tarifs. Vor allem durch erhebliche steuerliche Entlastungen für Familien wird der derzeitigen Gesellschaftsentwicklung im Sinne eines Rückgangs der deutschen Bevölkerung bei einer Nettoerproduktionsrate von 0,6814 kräftig entgegengewirkt. Ein weiteres Argument ist, dass sich diese Forderung nicht nur in einem politischen Lager wiederfinden lässt, sondern, dass sich ein breites Spektrum an Politikern vieler Parteien hinter dieses System gestellt hat und eine Basis bildete. "Gemeinsam mit der Union können wir uns schnell einigen - da bin ich zuversichtlich.", so der damalige Finanzminister. Letztlich soll bei den nach Merz ohnehin zu großen Teilen überflüssigen Subventionen eingespart werden, denn noch höhere Steinkohlesubventionen gehen nicht. Interessant ist, dass das Merz-Modell auf dem Bundesparteitag 2003 in Leipzig beschlossen wurde und immer noch in der Beschlusslage der CDU liegt. Viele der damaligen Forderungen von Merz, z.B. die Eigenheimzulage abzuschaffen, wurden bereits umgesetzt. Steuerliche Entlastungen hat es im Gegenzug aber noch nicht gegeben. Im Ergebnis liegt ein liberaler Ansatz, der zu einem sozialen Ergebnis führt.